



Claus Matecki
Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

Rede

Wir gehen vor! Gute Arbeit – Gerechte Löhne – Starker Sozialstaat.

1. Mai 2010 – DGB-Kundgebung in Mülheim

Sperrfrist: Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
„Wir gehen vor! Gute Arbeit – Gerechte Löhne – Starker Sozialstaat.“
Das ist unser diesjähriges Motto zum 1. Mai.

Auch das Jahr 2010 steht ganz im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Durch sie haben über 100 Millionen Menschen weltweit ihre Arbeit verloren. Auch hier in Mülheim, bei Vallourec Mannesmann, sind bereits 250 Kolleginnen und Kollegen entlassen worden, beziehungsweise ihre Arbeitsverträge wurden nicht verlängert. Ob sie in Mülheim und Umgebung wieder einen Arbeitsplatz finden, ist heute ungewiss.

Dank der Verlängerung der Kurzarbeit, der Konjunkturprogramme und der Abwrackprämie konnte der befürchtete starke Anstieg der Arbeitslosigkeit bislang verhindert werden. Maßnahmen, für die die Gewerkschaften gekämpft haben.

Deshalb fordern wir zu Recht: Wir gehen vor!

Aber: Das bisher Erreichte kann nur ein Anfang sein. Wir fordern ein grundlegendes Umdenken in Wirtschaft und Gesellschaft.

Wir fordern einen starken Sozialstaat, um den unverschuldet in Not geratenen Menschen zu helfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

überall in Deutschland kämpfen Firmen mit Auftragseinbrüchen. Die Wirtschaftskrise ist noch nicht überwunden. Und aller Voraussicht nach wird Deutschland erst in drei bis vier Jahren das wirtschaftliche Niveau vor der Krise erreicht haben: Damit liegt die Hauptaufgabe in den kommenden Jahren klar auf der Hand: Wir müssen mittelfristig alles tun, um unsere Kolleginnen und Kollegen zu schützen:

DGB-Bundesvorstand
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Web: <http://www.dgb.de>
Tel.: 030 / 240 60 - 0
Fax: 030 / 240 60 - 324



Das heißt konkret: Keine Entlassungen in der Krise!

Wir werden alles unterstützen, was diesem Ziel dient.

Durch die von uns mitinitiierte Kurzarbeiterregelung konnten Arbeitsplätze erhalten und gesichert werden. Mit unserer Hilfe konnte das Schlimmste bisher verhindert werden.

Die Krise hat gezeigt:

Ohne öffentlich geförderte Arbeitszeitverkürzung -verbunden auch mit Lohnverzicht - hätte die Krise auf dem Arbeitsmarkt zur Katastrophe geführt.

Mein Fazit:

Arbeitszeitverkürzung darf nicht länger zum Tabu erklärt werden.

Und im Normalfall wird sie weder aus der Arbeitslosenversicherung noch durch Lohnverzicht finanziert.

Kurzarbeit kann auch in den nächsten Monaten helfen, bei Auftragseinbrüchen die Menschen vor der Arbeitslosigkeit zu schützen.

Wir fordern darüber hinaus, die Kurzarbeit um Formen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu ergänzen.

Dazu gehören:

- die Qualifizierung;
- die Altersteilzeit als Beschäftigungsbrücke;
- die Übernahme der Auszubildenden
- und wenn nötig ein Überbrückungsgeld.

Denn jede Entlassung belastet nicht nur unsere sozialen Sicherungssysteme.

Jede Entlassung bedeutet auch einen Verlust an Know-how und Kaufkraft.

Das Jammern der Arbeitgeber über Fachkräftemangel ist schon heute unüberhörbar.

Deshalb gilt: Nicht entlassen, sondern qualifizieren. Und damit Deutschland ein starker Industrie- und Dienstleistungsstandort bleibt, ist eine zukunftsorientierte Strukturpolitik notwendig. Zu deren Kernaufgaben gehört die Entwicklung zukunftsfähiger Wertschöpfungsketten und regionaler Wirtschaftszusammenhänge. So wie es Banken gibt, die „too big to fail“ sind, gibt es strategisch relevante Unternehmen, die notfalls durch staatliche Eingriffe gerettet werden müssen.

Denn die reale Wertschöpfung ist für den Wohlstand und die politische Stabilität in Deutschland ebenso systemisch wie Banken für die Kapitalversorgung der Märkte.

Außerdem darf es keine Abstriche an den beschlossenen Konjunkturpaketen geben, damit sie zum Beispiel in der Bauwirtschaft und im Handwerk ihre Wirkung zeigen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in schwierigen Zeiten hat sich gezeigt, welche Vorteile die deutsche Mitbestimmung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat.



Insbesondere der unermüdliche Einsatz unserer Betriebsräte und Vertrauensleute in der aktuellen Krisensituation hat zur Sicherung und zum Erhalt der Arbeitsplätze beigetragen.

Derzeit werden in tausenden Betrieben wieder Betriebsräte gewählt.

Sie sind Garanten für gute Arbeit!

Eine Arbeit also, die den Ansprüchen der Beschäftigten gerecht wird: sicher, gesund, familienfreundlich und mit Entwicklungsperspektiven!

Betriebsräte sorgen auch für gerechte Löhne!

Denn der Betriebsrat bestimmt mit bei der betrieblichen Lohngestaltung, der Festsetzung von Akkord- und Prämiensätzen, bei Zielvereinbarungen oder Leistungsbewertungen.

Deshalb sind die Löhne in Betrieben mit Betriebsrat höher als in Betrieben ohne Betriebsrat.

Ich rufe alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf, einen Betriebsrat zu wählen und sich auch als Kandidaten zur Verfügung zu stellen.

Denn: „Gute Arbeit – kann man wählen!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Angesichts des historischen Ausmaßes der Krise, brauchen wir aber mehr, um unsere Kolleginnen und Kollegen in Arbeit zu halten.

Deshalb fordern wir eine Verstärkung der öffentlichen Ausgaben in den Bereichen

- Bildung,
- Umwelt
- und öffentlicher Daseinsvorsorge.

Statt wie von Schwarz-Gelb auf Steuersenkungen zu setzen, müssen die öffentlichen Investitionen ausgeweitet werden.

Nur so kann der Binnenmarkt gestärkt und die Nachfrage angekurbelt werden.

Es ist doch allemal besser, mehr Geld für Wachstum, Beschäftigung und eine nachhaltige Entwicklung auszugeben, als für Arbeitslosigkeit.

Investitionen benötigen jedoch verlässliche Rahmenbedingungen.

Diese entscheidenden Weichenstellungen wurden in der Vergangenheit verpasst und Fehlentscheidungen getroffen.

Durch die Einführung der sogenannten Schuldenbremse wurde beispielsweise den Ländern nahezu jeglicher finanzpolitischer Spielraum geraubt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Schuldenbremse bremst keine Schulden, sie bremst die Zukunftsfähigkeit unseres Landes!

Dank Schuldenbremse müssen bis 2016 rund 100 Milliarden Euro eingespart werden. Wolfgang Schäuble schwört die Bevölkerung bereits auf harte Zeiten ein.

Sozial und ökonomisch führt die Sparpolitik in die Sackgasse.

Noch kein Finanzminister hat das Kunststück vollbracht, eine Volkswirtschaft aus der Krise herauszusparen.

Insbesondere die Städte und Gemeinden werden hart getroffen.



Wenn die Steuereinnahmen weg brechen und die Kosten der Arbeitslosigkeit steigen, wird es für die Kommunen eng.

Überall in Deutschland gibt es

- • Schulen, die mehr als renovierungsbedürftig sind,
- • Straßen, in denen sich Schlagloch an Schlagloch reiht
- • und öffentliche Gebäude, die total marode sind.

Auch die Stadt Mülheim kämpft mit einer schweren Haushaltslage. Wenn der Bund nicht gegensteuert, werden die öffentlichen Ausgaben für Infrastruktur, Kindergärten, Bibliotheken und Schwimmbäder weiter heruntergefahren. Gleichzeitig steigen die Gebühren und Abgaben. Eine nachhaltige verlässliche Industriepolitik wird so nicht auf den Weg gebracht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Klageglied von der Jahrhundertkrise, welche die Staatsfinanzen ruiniert, ist aber nur die halbe Wahrheit.

Viele Städte und Gemeinden gingen schon vor der Krise finanziell am Stock.

Sie konnten Sozialleistungen, Kitaplätze und Personal nur noch auf Pump finanzieren.

Die Politik hatte die Staatskassen regelrecht geplündert.

In der Hoffnung auf mehr Wachstum senkten die Finanzminister kräftig Steuern.

Die deutsche Steuerquote sank unter den EU-Durchschnitt.

Lediglich in Griechenland, Polen oder der Slowakei wurden noch weniger Steuern erhoben.

Das Wachstum blieb wie erwartet aus. Lediglich die Schulden kletterten auf neue Rekordhöhen. Aufgrund der schwarz-rot-grünen Steuersenkungen fehlen uns heute noch jährlich 30 Milliarden Euro. Damit muss Schluss sein!

Wir brauchen einen handlungsfähigen Sozialstaat. Denn der Bedarf ist groß: Allein die Kommunen müssen zukünftig jährlich 47 Milliarden Euro unter anderem in Krankenhäuser, Schulen, Verwaltungsgebäude und Personennahverkehr investieren. Und wenn wir schon bei Fragen der Zukunftsfähigkeit sind, dann will ich mir einige Anmerkungen zu aktuellen Diskussion nicht ersparen:

Keine Gesellschaft, die modern ist und zahlungsfähig sein will, kann auf eine Politik der sozialen Balance verzichten:

Dazu gehört eine sozial gerechte Finanzierung eines aktiven Sozialstaates. Der Staat darf weder kaputt gespart werden, noch darf er die Reichen aus der Finanzierungsverpflichtung entlassen. Und, zu einer modernen Gesellschaft gehört die Achtung der Arbeit. Arbeit schafft Würde – aber Arbeit braucht auch Würde. Das Minimum ist eine anständige Behandlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Und wie verhält sich die neue Bundesregierung in der größten Rezession der deutschen Nachkriegsgeschichte? Von Schwarz-Gelb ist bis heute zur Überwindung



der Krise so gut wie nichts unternommen worden. Ganz im Gegenteil: CDU/CSU und FDP betreiben in zentralen Politikfeldern Klientelpolitik, statt sich mit den Problemen in diesem Land zu beschäftigen. Statt auf aktive Krisenbekämpfung setzt die neue Koalition auf kontraproduktive Steuersenkungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
bis zur Landtagswahl in einer Woche behalten die Koalitionäre in Berlin ihre Medizin im Giftschrank. Ihr wahres Gesicht wird sich dann zeigen.
Mit dem Verweis auf die desaströse Haushaltslage wird Schwarz-Gelb zum sozialen Kahlschlag ausholen wollen. Auch die von den neoliberalen Hasardeuren angestoßenen Diskurs über Hartz IV hat nur das Ziel, den Sozialstaat zu schleifen. Armutslöhner sollen gegen Transferempfänger ausgespielt werden.
Ausgangspunkt ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar diesen Jahres. Das Gericht hat darin eine Neuregelung der Hartz IV-Regelsätze bis Ende 2010 gefordert.

Fakt ist:

Schon heute kann man von Hartz IV nicht menschenwürdig leben. Hartz IV ist mitnichten anstrengungsloser Wohlstand, wie der FDP Vorsitzende Westerwelle zynisch bemerkte. Die Realität sieht anders aus.

Wer Hartz IV bezieht, steht am Rande der Gesellschaft, wird häufig ausgegrenzt und hat kaum noch Chancen auf eine geregelte Arbeit.

Doch der Vorsitzende dieser Klientelpartei greift unverfroren die Schwächsten unserer Gesellschaft an!

Im Geiste verbunden trommeln und tönen FDP und BILD gemeinsam:

„Im Vergleich zu Hartz IV lohne sich Arbeit gar nicht mehr.“, so ihr Credo.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Leistung muss sich wieder lohnen.

Für die Leistungsträger in unserer Gesellschaft,

- • für den Betonbauer,
- • den Eisenbahner,
- • die Mechanikerin,
- • die Krankenschwester,
- • den Krankenpfleger,
- • für die Kollegin bei Lidl oder Aldi an der Kasse.

Wir brauchen nicht nur mehr Arbeit, wir brauchen Arbeit für alle.

Arbeit, von der man leben kann.

Deshalb: Schluss mit prekärer Beschäftigung, Schluss mit Lohndumping, Schluss mit unregulierter Leiharbeit und Schluss mit der anhaltenden Tariffucht.

Unsere Forderung bleibt:

Wer Vollzeit arbeitet, soll so viel verdienen, dass er keine staatlichen Hilfen benötigt. Das funktioniert aber nur, wenn ordentliche Löhne gezahlt werden.



Mit den Hartz-Gesetzen wollte die Politik den Niedriglohnsektor ausbauen. Dieses Ziel ist zynischerweise erreicht: 6,5 Millionen Beschäftigte in Deutschland verdingen sich als Geringverdiener.

1,3 Millionen Beschäftigte sind so genannte Aufstocker, ihr Verdienst ist so gering, dass sie zusätzlich Hartz IV beziehen müssen. Und eine Reihe von Arbeitgebern kalkuliert inzwischen diese Aufstockung bei ihren Lohnangeboten ein.

Der einzige Impuls der entsteht, führt in ein Milliardenloch für öffentliche Haushaltskassen. Denn ergänzende Transferleistungen gehen zu Lasten öffentlicher Haushalte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
das Problem sind nicht zu hohe Hartz IV Sätze, sondern zu niedrige Löhne. Doch davon ist bei der gelben Propaganda keine Rede. Wer solche Niedriglöhne bezieht, hat häufig nicht mehr in der Tasche als ein Hartz IV-Empfänger.
Hier muss politisch gegengesteuert werden.

Auch für das Jahr 2010 sehe ich die große Gefahr des weiteren Lohndumpings:
In vielen Branchen greift Tariffucht und prekäre Beschäftigung vermehrt um sich. Es werden Tarifverträge mit Pseudogewerkschaften abgeschlossen.
Dies führt oftmals zu erheblichen Lohnunterschieden in den einzelnen Regionen.
Hier ist die Politik gefordert:
Armutslöhne müssen verhindert und prekäre Beschäftigung eingedämmt werden.
Der Fall „Schlecker“ ist nur die Spitze des Eisbergs!

Und nicht zuletzt deshalb sage ich deutlich:
Deutschland braucht Branchenmindestlöhne und als unterste Haltelinie den gesetzlichen Mindestlohn. Und zwar oberhalb von € 7,50! Damit sich bezahlte Arbeit wieder lohnt!

Auch und gerade mit Blick auf die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit zum 1. Mai 2011 müssen gesetzliche Rahmenbedingungen so geändert werden, dass Lohndumping in unserem Land verhindert wird.

Wenn die Politik nicht handelt ist zu befürchten, dass prekäre Beschäftigung und Leiharbeit in der Krise und auch zu Beginn eines Aufschwungs unter den jetzigen Voraussetzungen immer stärker um sich greifen werden.

Statt Abwarten und Aussitzen ist Handeln der Bundesregierung erforderlich!
Was wir brauchen ist eine Soziale Wende und keine Schwadroniererei über spätrömische Dekadenz!

Wir brauchen eine Wende: Hin zu Gemeinsinn. Hin zu Solidarität. Hin zu Verteilungsgerechtigkeit. Hin zur Achtung von Arbeit.

Und dazu gehört auch das Bekenntnis zum Sozialstaat. Wir fordern: Gleichen Lohn für gleiche Arbeit - nicht nur in der Leiharbeit! Die Zumutbarkeitsregeln müssen entschärft werden, damit Arbeitslose nicht länger zu fast jedem Hungerlohn zur



Arbeit gezwungen werden können. Das sind konkrete Schritte, die den wirklichen Leistungsträgern in diesem Land nutzen.

Kurzum: Wir müssen weg von der Agenda-Politik! Weg vom Zurechtstutzen des Sozialstaates durch Hartz IV und der Umverteilung zu Lasten der sozial Schwachen. Weg mit einer sogenannten Gesundheitsreform, die die Kopfpauschale zum Ziel hat. Weg von der Verlagerung von Arbeit in Billiglohngebiete und der massiven Ausweitung von Niedriglöhnen.

Und in diesem Zusammenhang Kolleginnen und Kollegen:

Wie soll sich denn jemand, der fünf Euro pro Stunde verdient, eine auskömmliche Rente aufbauen? Die bisherigen Antworten der Politik sind geradezu zynisch und gipfeln in der Einführung der Rente mit 67. Klar ist, wer es nicht schafft bis zum 67. Lebensjahr zu arbeiten, wird mit Rentenabschlägen bestraft. Unsere Antwort ist eindeutig: Wir bleiben bei unserer Ablehnung der Rente mit 67!

In diesem Jahr muss die Bundesregierung überprüfen, ob die Rente mit 67, angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Lage Älterer zu rechtfertigen ist. Die Koalition wird wohl versuchen, die Probleme kleinzureden, unter den Teppich zu kehren oder die Frage zu vertagen.

Aber Kolleginnen und Kollegen!

Für uns steht fest: Die Rente mit 67 muss vom Tisch - je früher desto besser. Wir werden weiter Druck machen – auch und gerade in diesem Jahr. Wir fordern besser abgesicherte Übergänge aus der Arbeit in die Rente – damit 60-Jährige nicht ihre Ersparnisse in der Hartz IV-Verwaltung abliefern müssen.

Die geförderte Altersteilzeit ist dafür eines der wichtigsten Instrumente – und sozial gerecht, weil es die Unterstützung durch die Arbeitsagentur nur gibt, wenn für den älteren Arbeitnehmer ein Junger nachrutscht. Wir lehnen weitere einseitige Belastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab. Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung ausbauen. Und wir fordern, dass auch Manager, Selbständige, Beamte und Politiker ihren Anteil dazu beitragen.

Ein sozialer Staat kann und darf Armut und soziale Ausgrenzung inmitten einer reichen Gesellschaft nicht hinnehmen. Starke Schultern müssen mehr tragen als Schwache! Deshalb sage ich es noch einmal: Die Hartz IV Sätze müssen umgehend angepasst werden. Das muss auch die Schwarz-Gelbe Regierung in Berlin endlich begreifen. Und gerade aus diesen Gründen ist es notwendig, am 9. Mai wählen zu gehen, um die Markradikalen und Neoliberalen in die Schranken zu verweisen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

natürlich gibt es hierzulande auch den von Westerwelle angeprangerten anstrengungslosen Wohlstand.

Aber der Außenminister wird ihn nicht bei den Arbeitslosen finden, die Dekadenz sitzt woanders!



Einzelnen Unternehmen und Berufsgruppen gelingt es immer wieder, den Wettbewerb zu begrenzen oder ganz auszuschalten.

Dann winken anstrengungslose Extraprofite.

Dies gilt für die Energiewirtschaft, für Banken und Versicherungen, aber auch für Softwarefirmen.

Rechtsanwälte, Notare, Apotheker und selbständige Ärzte halten sich durch Zulassungsbeschränkungen lästige Konkurrenz vom Leib und sichern sich mittels Gebührenverordnungen ihren „Mindestlohn“.

Bei möglichst geringen Steuern.

Was ist das für ein Verständnis?

Sich hier gut ausbilden zu lassen, Schulen und Universitäten zu besuchen, Abschlüsse zu machen, in der Freizeit ins Museum oder ins Theater zu gehen, und auf der anderen Seite möglichst keine Steuern zahlen zu wollen?

Und die FDP setzt sich tatkräftig für ihre Klientel der Besserverdienenden ein.

Kolleginnen und Kollegen,

wer dies in der Vergangenheit als demagogische Übertreibung abtat, wurde von der Realität eingeholt.

Auf massiven Druck der FDP in den Koalitionsverhandlungen wurde zu Jahresbeginn der Mehrwertsteuersatz für Hotelübernachtungen gesenkt. Dieses Milliarden-geschenk einschließlich des so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetzes kostet die Städte und Gemeinden in NRW mehr als 300 Millionen Euro.

Warum gerade die Hotelbranche beglückt wurde, erschließt sich erst auf den zweiten Blick. Denn: August Baron von Finck, Haupteigentümer der Mövenpick Gruppe, spendete im letzten Jahr allein an die FDP 1,1 Millionen Euro. Eine der größten Parteispenden in der Geschichte der FDP. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach wie vor gilt:

Nur Reiche und Wohlhabende können sich einen armen Staat leisten. Die immer wieder propagierte Saga von „niedrigeren und einfacheren Steuern“ führt in die öffentliche Armutssackgasse. Steuergeschenke auf Pump für Reiche sind: weder finanzpolitisch, noch ökonomisch und schon gar nicht sozial vertretbar.

Sie sind ökonomisch unsinnig, weil kein Wachstum entsteht. Finanzpolitisch verwerflich, weil die Steuersenkungen nicht gegenfinanziert sind.

Und in sozialer Hinsicht inakzeptabel, weil diejenigen, die ohnehin nicht auf Rosen gebettet sind, zu Leidtragenden dieser Politik werden.

Das von der FDP favorisierte Stufenmodell macht das ganze Ausmaß nicht nur schlimmer, sondern auch ungerechter.

Wir fordern mehr Steuergerechtigkeit - und das Ende der Steuerprivilegien für Reiche!

Das private Nettovermögen – Geld- und Sachvermögen abzüglich Schulden – umfasst fast acht Billionen Euro.

Das Fünffache der aktuellen Staatsschuld.



Gewinnsteuern tragen aber lediglich ein Fünftel zum gesamten Steueraufkommen bei. Mit Hilfe einer Vermögenssteuer und einer reformierten Erbschaftsteuer könnten Vermögende zukünftig mehr zum Gemeinwohl beitragen.

Aber auch Spitzenverdiener und Unternehmen müssen steuerlich stärker belastet werden.

Durch eine Finanztransaktionsteuer und eine Sondersteuer für Banken könnten die Krisenverursacher an den Kosten des Rettungseinsatzes beteiligt werden.

Steuergerechtigkeit ist eine wesentliche Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit.

So hätte der Staat finanzpolitisch Luft für Investitionen in Bildung, Umwelt und öffentliche Dienstleistungen.

Allein für eine umfassende Modernisierung des Bildungswesens – Ausbau Frühkindesbetreuung, mehr Ganztagschulplätze, mehr wissenschaftliches Hochschulpersonal oder betriebliche Weiterbildung, sind 30 Milliarden Euro an jährlichen Mehrausgaben erforderlich.

Zur Finanzierung des Staates ist Steuergerechtigkeit eine Voraussetzung.

Aber es muss auch alles dafür getan werden, dass sich eine solche Krise nicht wiederholt. Bisher hat Schwarz-Gelb aus der Finanzkrise nichts gelernt. Ein neuer Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte ist nicht nur notwendig, er ist längst überfällig. Das Casino muss geschlossen werden, auch zum Ärger von Ackermann und Goldman Sachs.

Die Finanzmärkte haben nur eine einzige Existenzberechtigung.

Und das ist die Funktion als Brücke zwischen Ersparnissen und Investitionen.

Dafür dürfen die Anleger angemessene Zinsen bekommen.

Nicht mehr und nicht weniger.

Das Zocken und Spekulieren mit den Papieren, die kein Mensch versteht, wahrscheinlich nicht einmal die Banken selber, muss aus dem Tagesgeschäft der Banken verschwinden. Es gibt weder gutes noch schlechtes Zocken. Das einzige Ziel sind Profite ab 25 Prozent und mehr. Das gilt auch für das Thema Griechenland. Eine Debatte, die gerade in Deutschland nahezu unerträgliche Züge annimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der griechische Staat befindet sich in einer haushaltspolitischen Notlage und verdient unsere Solidarität. Diese Situation hat nicht die neue Regierung, sondern die alte konservative Regierung verursacht.

Fakt ist es, das Land hat massive Refinanzierungsprobleme. Die Griechen benötigen frisches Geld, um sich bei ihren hauptsächlich ausländischen Gläubigern umzuschulden. Es sind zu 59 Prozent westeuropäische Anleger aus Frankreich, der Schweiz, Deutschland, Großbritannien, Norwegen und den Niederlanden sowie amerikanischer Anleger, die von der Verschuldung des Landes profitieren. Sie verlangen von den Griechen Zinsen über 10 Prozent.



Jetzt haben es die Zocker mit Hilfe der Rating-Agenturen auch auf Portugal und Spanien abgesehen. Das sind unerträgliche Zustände.

Das Land ist dem Druck der Finanzmärkte und den Spekulanten deshalb ausgeliefert, weil es keine gesicherte und günstige Finanzierungsquelle hat. Hier liegt das Problem.

Bei Ausbruch der Krise waren die Banken in weitaus schlechterer Verfassung als der griechische Staat heute. Allerdings sind sie schnellstens mit billigem EZB-Geld von zuletzt einem Zinssatz von 1 Prozent versorgt worden.

2009 hat die EZB für den Ramsch sage und schreibe 4100 Milliarden Euro Kredite zum Zins von 1 Prozent gewährt. Damit kann man Griechenland 30 Mal retten.

Zusätzlich konnten sie ihre faulen, wertlosen Schrottpapiere als Sicherheit hinterlegen. Die Frage die sich aufdrängt lautet:

Warum können Staaten der Eurozone mit solchen oder ähnlichen Maßnahmen nicht rechnen? Es ist nicht einzusehen, dass die EZB Finanzjongleure unter die Arme greift, aber nicht demokratisch gewählten Regierungen in der Eurozone. Griechenland befindet sich in einer Schuldenfalle. Es braucht keine Kredite aus den anderen Staaten und dem IWF, sondern Kredite von der EZB zu den Bedienungswegen wie sie den Banken gewährt werden.

Das würde auch die Spekulationen gegen den Euro beenden und dessen Wechselkurs stabilisieren. Deshalb muss die EZB Griechenland unter die Arme greifen. Im Interesse Griechenlands aber auch im Interesse der anderen Mitgliedstaaten der Eurozone.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Gewerkschaften und der DGB verstehen sich auch als gesellschaftspolitische Kraft mit allgemeinpolitischem Mandat, deshalb:

- Wir bleiben ganz vorn im Kampf gegen Rechts.
- Wir verstehen uns als aktiver Teil ziviler Konfliktlösungen, deshalb führen wir die Afghanistan-Debatte genauso, wie wir das Ziel einer atomwaffenfreien Welt unterstützen.
- Wir werden die Debatte um Klimaschutz und neue Energiepolitik innergewerkschaftlich verstärken.
- Und wir wollen unseren Beitrag im Kampf gegen den Kasino-Kapitalismus leisten.

Dies steht allerdings im Widerspruch zur Politik der Schwarz-Gelben Koalition in Berlin.

Zu befürchten ist, dass Schwarz-Gelb den Sozialstaat handlungsunfähig sparen wird.

Darüber hinaus lautet ihre Devise: Privat vor Staat.

Wir als Gewerkschaften werden uns einer solchen Politik widersetzen.

Deshalb ist es so wichtig, am 9. Mai wählen zu gehen.

um Abschluss Kolleginnen und Kollegen,

Den DGB gibt es jetzt seit mehr als 60 Jahren.



Und wir sind kein bisschen leise.

Hier in Mülheim waren unsere Kolleginnen und Kollegen die Ersten, die aktiven Widerstand gegen die sittenwidrigen Löhne bei einem großen Textildiscounter (kik) leisteten.

Und Verdi hat dafür gesorgt, dass jetzt auch die Allkauf-Filialen in Mülheim tarifgebunden sind.

Wir die Gewerkschaften sind das Sprachrohr der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir stehen für soziale Gerechtigkeit – nicht nur in Krisenzeiten.

Wir fordern soziale Verantwortung.

Dies gilt sowohl für staatliches als auch für unternehmerisches Handeln.

Wir sind die Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit!

Der 1. Mai ist unser Tag.

Wir sagen stolz:

Wir gehen voran! Für Gute Arbeit, faire Löhne und einen starken Sozialstaat!

Glück auf!